



**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST
JUSTIZGEWERKSCHAFT**
Oberösterreich



Vorsitzender:
WERNER GSCHWANDTNER
Amtdirektor Regierungsrat

Justiz in Not

Weitere Kürzungen gefährden unsere Rechtssicherheit

Klare Absage zu weiteren Einsparungsplänen der Bundesregierung im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Mit Kompetenz und Engagement arbeiten die Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeiter im Dienste der Gesellschaft und stützen damit die Rechtssicherheit und den Wirtschaftsstandort Österreich.

Personalnot und Budgetkürzungen gefährden dieses Service!

Trotz massiver Einsparungen in den letzten Jahren sind für 2020 wieder drastische Einschnitte angekündigt. Diese lehnen wir entschieden ab.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Es darf ab dem Jahr 2020 keine weiteren Planstellenkürzungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften geben.**
- **Zur Abfederung der anstehenden Pensionierungswelle sind zeitnah Ausbildungsplanstellen einzurichten.**
Bei der langen Ausbildungszeit im Justizdienst ist JETZT dringender Bedarf gegeben.
- **Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel für Personal- und Sachausgaben, um einen geordneten Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten.**
Faire Arbeitsbedingungen und menschenwürdige den ergonomischen Vorschriften entsprechende Arbeitsplätze sind wesentliche Faktoren für einen funktionierenden Justizbetrieb.
- **Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität der Justizarbeitsplätze.**
Durch die Einsparungen der letzten Jahre ist ein schwieriges Betriebsklima entstanden. Auf vielen Dienststellen kämpfen wir mit Langzeitkrankenständen und Burnout ebenso wie mit der Tatsache, dass Kolleginnen und Kollegen im vermehrten Ausmaß vom Justizdienst weggehen und Ersatz am Arbeitsmarkt kaum zu kriegen ist.

Mit einer bundesweiten Plakataktion wollen wir die Bevölkerung auf die Gefährdung der Rechtssicherheit aufmerksam machen.

Rückfragehinweis:

Werner Gschwandtner,

Vorsitzender der OÖ Justizgewerkschaft

0676/898941111